

# Sozialdemokratie und die "Linke"

Autor(en): **Lezzi, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338644>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

*Otto Lezzi*

## **Sozialdemokratie und die «Linke»**

In der Dezemberrnummer unserer sozialdemokratischen Monatsschrift hat Richard Lienhard in seinem Artikel «Abschied von der Linken?» einen Problemkreis angeschnitten, den man im Interesse der Sache gerade hier deutlich und offen zur Diskussion stellen sollte.

Richard Lienhard benutzt das Vorwort von *Gerhard Szczesny*, das unter dem Titel «Abschied von der Linken» in seinem Buch «Das sogenannte Gute» erschienen ist, um Betrachtungen über die Funktion der sogenannten Linken innerhalb der Sozialdemokratie und unserer Gesellschaft anzustellen. Seine Ausführungen reizen zu einer Entgegnung.

Die Polemik gegen Ulrich Kägi, die im Aufsatz von Richard Lienhard breiten Raum beansprucht, übergehe ich an dieser Stelle, weil sie nach meiner Auffassung zu persönlich ausgefallen ist. Ich erwähne aber den «Fall Kägi», weil er, ob man es gerne hört oder nicht, symptomatisch für die «innere Haltung» der Sozialdemokratischen Partei ist. Zahlreiche Sozialdemokraten und Sozialisten, überrascht durch die – man möchte fast sagen – ultralinke Sturzwelle, glauben mehr und mehr den Boden unter den Füßen zu verlieren. Der «Fall Kägi» weist auf Gewissenskonflikte hin, vor die sich ein Teil der Sozialdemokraten heute gestellt sieht.

Es lässt sich kaum bestreiten, dass innerhalb unserer Partei Spannungsfelder bestehen. Sie lassen sich nicht übersehen und geben zu einer echten Besorgnis Anlass. Es sind Grundsatzfragen, welche die existentielle Bestimmung der Sozialdemokratie berühren, und wer sich Sozialdemokrat nennt, muss sich damit auseinandersetzen, muss prüfen, inwieweit seine politische Anschauung mit solchen Tendenzen, die auf ein Umfunktionieren der sozialdemokratischen Zielsetzungen und Taktik hinzielen, noch zu vereinbaren sind.

Gar zu einfach wäre es, die sich abzeichnenden Gegensätze in den Rahmen des sogenannten Generationenkonfliktes zu spannen. Es ist ja beileibe nicht so, dass auf der einen Seite nur die «Jungen» und auf der anderen nur die «Alten» stehen. Es gibt noch etwas, das sich zwischendrin bewegt und zweifellos zur Gesamtheit der Partei gehört. Die Gegensätze und Spannungen, die sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zei-

gen und nach Regionen oder Landesgegenden Differenzierungen aufweisen, sind politischer Art.

«Links» und «rechts» sind Begriffe, die seit vielen Jahrzehnten ein politisches und weltanschauliches Etikett bedeuten. Es gab Zeiten, da diese Begriffe – wir reden immer nur von schweizerischen Verhältnissen – etwas aussagten. Die nahezu spitzfindige und ausgeklügelte Differenzierung, wie sie heute verwendet wird, ist fragwürdig. «Links» war als Gegensatz zu «bürgerlich» mit einem Bekenntnis zum Sozialismus gleichzusetzen, wobei sich Sozialismus als weltanschauliche Vorstellung eindeutig bestimmen liess. Heute bewegen wir uns in einem Wirrwarr von Abarten und Ablegern des «Sozialismus». Wir haben es mit Vorstellungen und Manifestationen zu tun, die den Sozialismus als Bekenntnis zur Menschlichkeit weitgehend kompromittieren.

Auch Richard Lienhard differenziert. Er präzisiert: «Es gilt nämlich zu unterscheiden zwischen dem extremen Teil der neuen Linken und den Vertretern der sozialdemokratischen Linken, die als Jungsozialisten innerhalb der SP wirken. Der extreme Teil der neuen Linken lehnt im Gegensatz zu den Jungsozialisten alle parlamentarischen Institutionen ab und will mit den bestehenden Parteien nichts zu tun haben. Mit solchen Vertretern der Linken ist man rasch an die Grenzen der Diskussionsmöglichkeit gelangt.» Ich bin mit dieser Präzisierung zum Teil einverstanden. Doch nur zum Teil, denn, was heisst das, wenn Richard Lienhard zwischen einem «extremen Teil der neuen Linken» und zwischen der «sozialdemokratischen Linken» differenziert? Was heisst überhaupt «neue Linke»? Was heisst «junge Linke»? Was ist extrem und was ist weniger extrem? Wer setzt die Massstäbe, wer die Umschreibung?

Diese Fragen liessen sich unbegrenzt weiterführen. Doch müsste sich jeder Versuch einer Definition leerlaufen, weil die Massstäbe, die da gesetzt werden, sehr subjektiv und problematisch sind. Eine Frage aber drängt sich auf und will beantwortet sein: Ist diese neue oder junge Linke bereit, die demokratischen Spielregeln gelten zu lassen? Man gestatte mir: Was tun wir mit jenem «extremen Teil der neuen Linken», mit deren Vertretern man «rasch an die Grenzen der Diskussionsmöglichkeit» gelangt ist? Was tun wir mit dieser Linken, die alle parlamentarischen Institutionen ablehnt und mit den bestehenden Parteien nichts zu tun haben will? Was tun wir mit diesem Teil der Linken, die unsere Partei in den Sektionen und in den Gremien durchsetzt? Hier fehlt die klare Antwort. Diese Antwort können wir jedoch auf die Dauer nicht vor uns herschieben.

Ohne diese eminenten Fragen beantwortet zu haben, ist Richard Lienhard bereit, der jungen Linken Zugeständnisse zu machen, weil die schweizerische Sozialdemokratie von dieser Seite her «wertvolle Impulse» erhalte. Man sollte im Rahmen vertretbarer Proportionen bleiben. Wir dürfen diese Impulse, die im politischen Leben sicher nötig sind, die je-

doch bei näherer Prüfung schon alle einmal dagewesen sind und in anderer Form sich auch heute noch manifestieren, in ihrer Bedeutung nicht überschätzen. Vor allem sollte man untersuchen, ob diese Impulse auch realistisch genug sind, um der Sozialdemokratischen Partei die entsprechende politische Resonanz zu verleihen. Haben diese Impulse nicht eher nur zu fruchtlosen Auseinandersetzungen, zu endlosen Diskussionen geführt? Die Sozialdemokratie, die als grösste Landespartei seit Jahrzehnten in den Behörden von Gemeinden, der Kantone und der Eidgenossenschaft vertreten ist und staatspolitische Verantwortung trägt, braucht in erster Linie *realistische* Impulse, die sich in unserem demokratischen Staatswesen, wo hochwichtige Entscheidungen an der Urne zu fallen pflegen, auch in die Praxis umsetzen lassen.

Auch Fortschritt, so möchte ich meinen, sollte man nicht unbedingt mit dem «linken Flügel» gleichsetzen. Schon vor dem Auftreten der neuen und jungen Linken haben Sozialisten, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften gegen Krieg, gegen Ausbeutung, gegen Unfreiheit, für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit gekämpft. Das Urheberrecht steht weder der neuen noch der jungen Linken zu.

In diesem «linken Wirrwarr» müssen wir im Interesse der Sozialdemokratischen Partei Ordnung schaffen! Eine Organisation, die ihre politische Glaubwürdigkeit erhalten und ihre politische Aufgabe erfüllen will, braucht diese Ordnung. Richard Lienhard lehnt den «extremen Teil der neuen Linken» ab. «Mit solchen Vertretern ist man rasch an die Grenzen der Diskussionsmöglichkeit gelangt.» Das ist ein gar gewichtiger Satz, eine Feststellung, die Konsequenzen haben müsste. Ich wage es offen zu sagen: Die Sozialdemokratische Partei steht einer gelenkten Unterwanderung gegenüber, die letzten Endes zu den berühmten Zellenbildungen führt. Die Sozialdemokratische Partei darf sich mit dieser lautstarken Linken in keiner Weise identifizieren.

Der Schreibende hat im Laufe der Jahrzehnte schon mehr als nur eine «linke» Bewegung innerhalb der SP erlebt. Auch der Begriff des «Jungsozialisten» ist nicht neu. Man ist ja schliesslich auch einmal dabeigewesen. Aber die Verantwortung gegenüber der Partei als politische Einheit ging nie verloren. Man kannte die «Grenzen der Diskussionsmöglichkeit». Vor allem ging es nie darum, eine Partei in der Partei zu bilden. Ich gebe zu, dass in früheren Jahren die politischen Zielsetzungen und der politische Kampf konkreter vor uns lagen. Die Not der Zeit hat deshalb «Linke» und «Rechte» innerhalb unserer Partei in entscheidenden Momenten auch immer wieder zusammengeführt. Heute liegen die Dinge anders. Die Sozialdemokratie droht zum Sammelbecken jener zu werden, die mit sich selber und der Welt nicht zu Rande kommen. Die SP darf jedoch nicht zur Partei der Unzufriedenen werden.

Gewiss, es kann keine Rede davon sein, aus der Sozialdemokratischen Partei eine Kirche der Strenggläubigkeit zu machen, die jede Abweichung

bekämpft und unterbindet. Hingegen ist der organisierten Abweichung, den Bestrebungen einer Umfunktionierung entschieden entgegenzutreten. Eine Linksopposition, die sich in den «Grenzen der Diskussionsmöglichkeit» bewegt, hat es in der SP schon immer gegeben. Eine durchaus normale Erscheinung! Die Auseinandersetzungen und Diskussionen haben immer wieder zu konstruktiven Kompromisslösungen geführt. Gibt es aber heute diese «Linksopposition», die sich im Gegensatz zur «schweigenden Mehrheit» (die es übrigens immer gegeben hat) stets betont realistisch zu geben pflegte? Richard Lienhard zitiert in seinem Aufsatz *Günther Nennung*, der sich offenbar bemüht, der österreichischen Linken, deren Basis sich ebenfalls aus «Neuen» und «Jungen» zusammensetzt, eine «realistische Utopie» nahezubringen. Auch Richard Lienhard glaubt die Notwendigkeit eines Zuredens zu erkennen, denn: «Wer unter der jungen Linken diesen Vorbehalt (die realistische Utopie) nicht zur Kenntnis nehmen will, läuft gerne Gefahr, abstrakte Ziele anzusteuern und mit abstrakten Formeln über die Köpfe der gegenwärtigen Menschen hinwegzupolitisieren. Dass eine solche Politik keine Grundlage für eine erfolgversprechende Strategie bildet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.» Ich teile diese Auffassung. Auch in der Schweiz braucht die Sozialdemokratische Partei die erfolgversprechende Strategie, weil die an sich sehr aktiven und lautstarken Gruppen und Gruppierungen der «jungen Linken» nicht genügen, um jene Bevölkerungsschichten zu mobilisieren, welche die Sozialdemokratie als grosse Landes- und Volkspartei nun einmal dringend braucht.

Die historische und politische Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei ist zu gross, um sich in einem blossen Negativismus zu verlieren. Die Sozialdemokraten können und dürfen sich von unserem schweizerischen Staatswesen nicht distanzieren, haben sie doch im Laufe der Jahrzehnte zusammen mit der starken schweizerischen Gewerkschaftsbewegung am Auf- und Ausbau unseres Staatswesens, sei es in den Gemeinden, sei es in den Kantonen, sei es in der Eidgenossenschaft, entscheidend mitgewirkt und mitgezimmert. Es gibt kein Beiseitestehen, weil zu viele Gesetzeswerke und zu viele Institutionen den Stempel und den Erfolg sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik tragen. Und deshalb, so meine ich, können wir Sozialdemokraten uns durch Elemente der so schwer fassbaren extremen und weniger extremen neuen oder jungen Linken nicht in ein Fahrwasser treiben lassen, das unser parteipolitisches Gefüge gefährdet oder gar zum Bersten bringt. Es gilt, Abgrenzungen und Klarstellungen zu treffen, damit verhütet werden kann, dass, wie Gerhard Szczesny, gute und bewährte Sozialdemokraten resigniert den «Abschied» nehmen oder es aufgeben, «gegen den Strom» zu schwimmen.